

darin zu erkennen, dass die ärztliche Taxe grundsätzlich aufgehoben worden ist, dass aber Ausnahmen von dieser Regel Seitens der Staatsregierung für nothwendig gehalten werden. Diese Ausnahmen lassen sich unter dem Gesichtspunkte zusammenfassen, dass besonders denjenigen, die eine ärztliche Behandlung ohne Entgelt weder beanspruchen können noch wollen, die Möglichkeit gewahrt werde, zu mässigen, ihren Verhältnissen entsprechenden Preisen, derselben theilhaftig zu werden. Zu dieser Kategorie gehören vor Allem die in § 2, 2 genannten Kassen, unter sie lässt sich auch leicht § 54 der Konkursordnung subsumiren. In allen anderen Fällen ist der Arzt nach diesem Entwurfe frei. Hat eine vorherige Vereinbarung nicht stattgefunden, so ist im Process der Richter nicht mehr gezwungen wie früher die Maximaltaxe als Grenze anzunehmen, er wird vielmehr durch den Entwurf auf eine Reihe von Momenten hingewiesen, welche höhere Preise rechtfertigen. Der Arzt als Kläger kann eventuell Sachverständige vorschlagen und befindet sich dem Richter gegenüber durchweg in einer ganz anderen Stellung als bisher. Irren wir nicht, so wurde zumeist über die unzureichende Maximaltaxe geklagt, die durch den Entwurf beseitigt ist. Auch nach der Annahme des letzteren werden die Gerichte noch Unbegreifliches leisten, werden diese Ausnahmestaxe für die Basis ihrer Rechtsprechung halten, aber das Gleiche würde auch bei einer absoluten Abschaffung jeder Taxe eintreten.

Wir möchten, dass die Vereine sich zuvörderst über das Princip schlüssig machten, ob nicht der Staat das Recht hat, für die Kreise in der That einzutreten, für die seine Ausnahmestaxe bestimmt ist, denn die Einzelheiten der letzteren sind kein unantastbares Evangelium.

Den vielen Vorwürfen gegenüber aber, welche den Ansätzen des Entwurfes gemacht werden, die wir keinesweges durchweg billigen (Dienstmannstaxe etc.) müssen wir doch bemerken, dass sie zum Theil weit über die Preise hinausgehen, zu denen die Aerzte sich selbst einzuschätzen pflegen. Wir haben niemals ein offenes Wort in dieser Beziehung gescheut und halten es für eitel Liebedienerei, wenn man die thatsächlichen Schäden immer den Behörden zuschiebt, statt zu prüfen, in wie weit man selbst die Mitschuld daran trägt. So lange noch viele Aerzte in Folge ihrer gegenseitigen Concurrenz, bei all den schönen Redensarten von Standesehre und Collegialität, sich herablassen als Haus-, Armen-, Gewerks-, Vereins- etc. -Aerzte für ihre Leistungen ein Aequivalent selbst zu bedingen, welches unter der Dienstmannstaxe steht, darf man sich nicht wundern, wenn der Staat davon Act nimmt. Es liesse sich hierüber und dann über manche Vorkommnisse der neueren Zeit, welche nicht dafür sprechen, dass der alte humane Sinn der Aerzte sich überall conservirt habe, noch viel sagen, wir verzichten heute darauf und erinnern nur noch mit Rohden an das Wort des Dichters

Lasst uns besser werden

Gleich wird's besser sein.

Wir hoffen daher, die Arztvereine werden denen nicht beistimmen, die die Abweisung des Entwurfes a limine verlangen. Sie werden die Sätze der Minimaltaxe ruhig prüfen, ohne Vorurtheil der gerechten Forderungen des eigenen Standes gedenkend, aber auch der Pflichten desselben. Möchten sie doch aus dem aner kennenswerthen Vorgehen des Ministers noch eine wichtige Folgerung ziehen. Die Aufstellung einer Minimaltaxe bringt thatsächlich den Erweis, dass die Aerzte nicht reine Gewerbetreibende sind, dass man ihnen Pflichten gegen die Gesamtheit um dieser selbst auferlegen muss, die von dem reinen Gewerbetreibenden niemals verlangt werden. Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Halbheit, längst erkannt und schon durch die in Angriff genommene Organisation unseres Standes officiell festgestellt, wird damit notorisch und der Staat wird sich der ihm obliegenden Gegenleistung nicht entziehen. Constatirt der Minister mit dem Entwurf der Minimaltaxe im Interesse der Gesamtheit thatsächlich, dass wir keine reinen Gewerbetreibenden sind, so können wir an ihn in demselben Interesse, nicht nur in dem unseren, das wohlberechtigte Ansuchen stellen, dahin seinen Einfluss zu richten, dass die Freiheit der medicinischen Puscherei ein Ende nehme. Mögen gerade jetzt die Arztvereine dies erwägen.

P. Börner.

V. Zur Orientirung über den neuen Taxentwurf.

Die Aerzte in Preussen haben es dankbar anerkannt, dass sich Minister Falk, getreu seinen auf anderen Gebieten längst bewährten Grundsätzen, in allen sie interessirenden grösseren Fragen zweifellos dahin entschieden hat, ihre Stimme zu hören. Seinen Intentionen gemäss beschäftigen sich, wie uns berichtet wird, schon zahlreiche Arztvereine mit dem in seinen Ministerien ausgearbeiteten Entwurfe einer Minimaltaxe und so mögen denn einige Bemerkungen auch unsererseits ihre Stelle finden.

Es handelt sich unseres Ermessens vor Allem um die Feststellung des Principis, von welchem der Minister ausgegangen ist. Wir glauben dasselbe